

## Zahlen, bitte? Wie Europas Politiker ihre Wähler austricksen

Donnerstag, 13. Dezember 2012 um 23:47 Uhr | 

Von [Univ.-Lektor Prof. mult. Mag. Dr. WALTER WEISS](#)

**Obwohl Griechenland schnurstracks in die Pleite wandert, ja im Grunde schon längst dort angelangt ist, wollen EU-Funktionäre und europäische Staatschefs das Unvermeidliche aufhalten. Anstatt der Realität ins Auge zu blicken, bedient man sich allerlei (mehr oder weniger kreativer) finanztechnischer Tricks. Mit messerscharfem Verstand seziert und entlarvt der Autor in seinem Essay die Methoden. Er zieht dabei u. a. auch Parallelen zu Argentinien, das vor knapp 12 Jahren offiziell Konkurs vermeldete. Mittlerweile saniert, wird das Land ausgerechnet jetzt von eigenen Altlasten eingeholt. Und wir Europäer: Werden wir aus der Geschichte lernen?**

### Die EU: bloße Transferunion – oder mehr?

Das „ärmste“ Bundesland Österreichs, das Burgenland, trägt zum österreichischen Bruttoinlandsprodukt von rund 300 Milliarden Euro mit 6,30 Milliarden rund 2,1 % bei, Kärnten mit 15,37 Milliarden rund 5 %, und Wien, als reichstes Bundesland, mit seinen 72,1 Milliarden 24 %, also nahezu ein Viertel der alpenländischen Wirtschaftsleistung. Verkürzt gesagt, subventioniert Wien mit seinem Reichtum das Burgenland mit dem Faktor 11,5, und das Dauersorgenkind Kärnten mit dem Faktor 4,8. Jeder Wiener ist 11,5mal produktiver als ein Burgenländer und immerhin noch 4,8mal effizienter in seinem wirtschaftlichen Schaffen als ein Kärntner.

Nur: Wer berechnet schon auf diese Weise Transferzahlungen in seiner Heimat? Keiner. Wer aber moniert über Transferzahlungen in der EU und schimpft darüber? Jeder, dem die EU ein Ärgernis ist.

Da dürfte sich also Seltsames abspielen in den Hirnen der Österreicher – und der Deutschen, Griechen, Italiener, Franzosen etc. fortzusetzen, bis alle 27 in der EU zusammengefassten Nationen aufgezählt sind. Es scheint nämlich unterschieden zu werden, ob es sich um das eigene Land handelt, in dem es zum Finanzausgleich kommt – oder um ... die EU? Euroland? Die Nettozahler? Die Nettoempfänger? Den produktive(re)n Norden Europas? Den „faulen“ Süden, der eigentlich aus Euroland eliminiert gehörte?

Österreich und Deutschland hat es nicht immer gegeben: Beide Staaten sind erst geworden

Was spielt sich da ab im Denken? Welcher Österreicher würde so weit gehen, den Rauschmiss des Burgenlandes aus der Alpenrepublik zu verlangen? Kein (?) Deutscher würden den Hinausschmiss Thüringens aus der Bundesrepublik fordern ...



**Nationalismus – was ist das?**

Jedenfalls eine Keule – etwa so eine, wie die „Vetokeule“, mit der



„GREXIT“ (das Kunstwort für „Greece exit“, also: „Raus mit Griechenland“) ist heute durchaus salonfähig geworden und wird von höchsten Politikern in der gesamten EU angedacht und von manchen gefordert (Bildquelle: Toni Esopi/Wikimedia Commons)

das Budget-Treffen der 27 Staatschefs der EU (plus, als 28., dem Vertreter Kroatiens als zukünftigem EU-Mitglied) am 23. November 2012 in Brüssel sang-, klang- und ergebnislos nach nur einer Stunde abgebrochen worden war. Rien ne va plus – dabei ging es um maximal ein Promille der

Wirtschaftsleistung der EU (2011: 12,45 Billionen Euro). Das sind immerhin eine

Billion Euro, eine Zahl, die man sich kaum mehr vorstellen kann und wo man bereits beginnt, die Nullen abzuzählen: 1000 Milliarden, also 1.000.000.000.000 ( $10^{12}$  in mathematisch-physikalischer Schreibweise, die bekanntermaßen übersichtlicher ist).

Keulen dienen dazu, jemanden zu erschlagen – seit der Steinzeit. Wer die Vetokeule schwingt, blockiert damit – im eben erwähnten Fall – das nächste EU-Budget von 2014 bis 2020. Und wer die Nationalismuskeule schwingt? Der blockiert schlicht das Denken ...

Österreich und Deutschland hat es nicht immer gegeben: Beide Staaten sind erst geworden, und die Geburtswehen Deutschlands waren um vieles heftiger als jene Österreichs: Immerhin kann sich der Alpenstaat bis auf die Römer berufen (Provinzen Noricum, Illyrien und Pannonien) und auf eine 600jährige Habsburger-Diktatur. Als Maria Theresia gegen die „Piefkes“ (die österreichische Bezeichnung für Preußen im besonderen und Deutsche im allgemeinen) verlor, war Deutschland noch ein politischer Flickenteppich ...

Auch die EU hat heftig „gekreißt“. Sie tut es immer noch, sprich: Sie ist noch immer nicht geboren. Sie steckt im Geburtskanal fest – irgendwie scheint es eine Steißgeburt zu werden, denn wenn der Hintern (der Euro) zuerst kommt und dann erst der Kopf (die „Vereinigten Staaten von Europa“ als Utopie), dann tut's eben weh – und dauert vor allem.

Nationalismus bedeutet auf gut Wienerisch: „Z'erscht kumm i, daunn kumm i, und was daunn kummt, des kummt nie“ (für Bundesdeutsche: „Zuerst komme ich, dann komme ich, und was dann kommt, das kommt nie.“) Es handelt sich um ein Zitat aus einem Lied des Wiener Originals Helmut Qualtinger.

Wirtschaftspolitisch bedeutet es: Das Hemd ist mir näher als der Rock, und frieren sollen die anderen, bekannt auch unter „Florianiprinzip“.

Rechte und vor allem rechtsextreme Parteien, quer durch Europa, spielen die nationalistische Karte gerne und erfolgreich aus. Ihnen kommt zupass, dass der Mensch von Natur aus fremdenfeindlich (xenophob) und prinzipiell ängstlich gegenüber Neuem ist: Neues kennt er genausowenig wie Fremdes, also prinzipiell „nein“.

Linke Parteien und jene der Mitte (dem „Zentrum“) mögen solch unflexibles Denken nicht – zumindest nicht öffentlich und offiziell. Der Unterschied zwischen „links“ und „Mitte“ kann freilich oft fundamental sein. „Linke“<sup>1</sup> fühlen sich jedenfalls dem Begriff der „Solidarität“, also dem Sich-den-anderen-verbunden-Fühlen, näher als die Vertreter der „Mitte“, die landläufig auch als „konservativ“ bezeichnet wird. Konservatives Denken (vom lateinischen conservare: bewahren; auch die Konserve kommt davon)

ist dem „rechten“ Denken jedenfalls näher als dem „linken“: Es will bewahren, und zwar das, was sich bewährt hat. Man nennt das auch „Tradition“ oder „traditionell“. Neues ist mit „bewahren“ nicht gemeint

...

Auch die 2,2 Millionen Basken streben von Spanien weg: Sie wollen bis 2015 über eine Loslösung abstimmen und es den Katalanen gleichtun

Fazit: Politiker aller Coleurs tun sich verdammt schwer damit, diese evolutionär bedingte Blockade im Hirn ihrer Wähler aufzubrechen. Am meisten xenophob geriert sich zurzeit übrigens die linke (also die ehemals „sozialistische“) Arbeiterschaft: Den Sozialdemokraten brechen europaweit die Stammwähler weg – hin zu jenen Parteien mit der Xenophobiekeule: in Österreich zu den „Blauen“ (Stichwort: H. C. Strache), in Frankreich zu den Le Pens, in Italien zu den Berlusconi-Begeisterten (Nicht-Italiener greifen sich deswegen an den Kopf!), in den Niederlanden zu Geert Wilders und seiner „Partei der Freiheit“, und das zweisprachige<sup>2</sup> Belgien zerbricht ohnedies demnächst aufgrund der separatistischen Politik des „Vlaams Belang“ (bis 2004: „Vlaams Blok“).<sup>3</sup> Und dann gibt es noch Viktor Orbáns Ungarn ...

Es sind vor allem wirtschaftlich starke Regionen, die sich separieren wollen – von ihren finanziell maroden „Mutterstaaten“. Für die EU ist dies ein Problem, weil die neuen Staaten automatisch aus der EU austräten und erst (so sie es überhaupt wollten) um Mitgliedschaft ansuchen müssten. Einvernehmlichkeit bei der Trennung (wie weiland zwischen Tschechien und der Slowakei) wäre daher von Vorteil – aber die gibt es nirgends. Vor allem gibt es sie nicht bei Katalonien mit seiner Metropole Barcelona. 7,5 Millionen Einwohner zählt die – bisherige – Provinz Spaniens, und ihr Regierungschef Artur Mas hatte seine Wiederwahl am 25. November 2012 ganz auf die Separation seiner Heimat vom Mutterland angelegt gehabt. Seine Partei, die CiU, verlor zwar 12 ihrer bislang 62 Mandate, dafür gewannen die Linksrepublikaner (ERC), die noch radikaler die Separation von Spanien betreiben.<sup>4</sup>

Auch die 2,2 Millionen Basken streben von Spanien weg: Sie wollen bis 2015 über eine Loslösung abstimmen und es den Katalanen gleichtun. Was übrigbliebe, wäre ein Rumpfspanien, das seine wirtschaftlich aktivsten Regionen verloren hätte. Vorsorglich hat König Juan Carlos die Ex-Kolonien Spaniens bereits gebeten, seinem Land finanziell zuhelfen zu kommen ...

Gleiche Anzeichen in Großbritannien: Dort wollen die Schotten 2014 über ihre Unabhängigkeit abstimmen. Es geht vor allem um die Milliardeneinnahmen aus dem Nordseeöl, die zurzeit noch nach London fließen. Außerdem wollen die Schotten den Euro einführen – ein absolutes No-Go für den britischen Premier David Cameron, der sich noch am 24. November 2012 in Brüssel gegen eine Erhöhung des EU-Budgets quergelegt hatte: gemeinsam mit Angela Merkel, Schwedens Fredrik Reinfeldt und Hollands Mark Rutte. Die französisch-deutsche Achse („Merkosy“) war damit gebrochen: ein „Merkhollande“ gibt es nicht mehr.

Beruhigt haben dürften sich hingegen die Loslösebestrebungen der Nordiren von Großbritannien. Die historische Sinn Fein träumt zwar immer noch von einem Anschluss an Eire, aber seit dem „Karfreitagsabkommen“ von 1998 tut sich in dieser Sache politisch nichts mehr.

Ad acta gelegt scheint auch das Projekt „Padanien“, die Abspaltung des wirtschaftlich prosperierenden Nordens Italiens in und rund um die Po-Ebene („pianura padana“: Po-Ebene) von Restitalien mit seinem armen Süden, der den lombardischen Separatisten verhasst ist.<sup>5</sup> Stichworte dazu sind „Lega Nord“ und ihr Chef Umberto Bossi, der allerdings im April 2012 wegen illegaler Parteienfinanzierung zurücktreten musste. Dafür bringt Südtirol mit seiner Landtagsfraktion „Südtiroler Freiheit“ die Abspaltung von Italien wieder ins Gerede – freilich ohne Aussicht auf Realisierung: Die Präsidenten Österreichs und Italiens, Heinz Fischer und Giorgio Napolitano, sind zu sehr miteinander befreundet ... Auch wird Österreich seine Schutzmachtfunktion über Südtirol wegen einer Separatistenbewegung nicht einbringen.

Da gibt es jene, welche die Einheit der EU beschwören, jene, die den Euro erhalten wollen, und jene, welche die Banken bewahren möchten. Wer gewinnt?

Und Griechenland? Dort malt man bereits Merkel mit der Hakenkreuzbinde am Arm an die Graffiti-Wände ... In Deutschland? Die FDP ist weg vom Fenster. Und über das Verbot der NPD bzw. darüber, was aus deren – ursprünglichen – Schoß kroch und kriecht, wird seit Jahren in Deutschland heftig prozessiert. Eben jetzt ist wieder ein erneuter Anlauf zu deren Verbot unternommen worden. Seine Chancen auf Erfolg stehen – angeblich – schlecht. Die NPD will – sollte das angepeilte Verbot durchgehen – dagegen beim EuGH Klage führen. Und bis der entschieden hat, vergehen Jahre ...

### Trick as trick can ...

Vorneweg: Über Griechenland hat man sich am 27. November 2012 – allerdings wieder nur vorläufig – geeinigt. Denn: Zu unterschiedlich waren die Herangehensweisen. Kein Wunder: Da gibt es jene, welche die Einheit der EU beschwören, jene, die den Euro erhalten wollen, und jene, welche die Banken bewahren möchten. Wer gewinnt?

Auf alle Fälle verlieren die Bürger und Steuerzahler, denn die kennen sich schlicht nicht aus.<sup>6</sup> Kennen sich die Finanzminister aus? „*Wir haben intensiv diskutiert*“, tat Deutschlands Finanzminister Wolfgang Schäuble am 17. November 2012 kund, „*aber da die Fragen so kompliziert sind, haben wir keine abschließende Lösung gefunden.*“<sup>7</sup> Griechenland wurde zwar von Schäuble und dem (Noch-)Euro-Gruppen-Chef Jean-Claude Juncker gelobt: Die Griechen hätten alle Zusagen erfüllt. Aber gerechnet wurde dennoch: Würde man das angepeilte Defizitziel um zwei Jahre auf 2016 ausdehnen, wären zu den bereits fälligen 31,5 Milliarden Euro (die sich wegen aufgelaufener Zahlungen seit dem Sommer 2012 bis zum Ende des Jahres auf 44 Milliarden aufgehäuft hatten) weitere 30 Milliarden Euro nötig, um die Griechen damit über Wasser zu halten. Woher dieses Geld nehmen, wenn nicht stehlen?

Eine berechtigte Frage. Denn was bedeutet „stehlen“? Jemandem etwas wegnehmen, was nicht einem, sondern anderen gehört. Das „einem“ ist in unserem Fall der internationale Bankenapparat, die „anderen“ sind – im Falle der EU die europäischen, im Falle der USA die US-amerikanischen – Steuerzahler.<sup>8</sup> Und da kein honoriger Politiker stehlen will (wieso gibt es dann soviel Korruption, z. B. in Österreich?), muss auf Teufel komm raus getrickst werden. Denn: Wie stopft man die immer größer gewordenen Finanzierungslücken?

Was Griechenland anbelangt, kann dessen Schuldenstand von 343,81 Mrd. Euro<sup>9</sup> in 2012 (2011 waren es noch 355,78 Mrd. Euro gewesen, für 2013 sind 346,25 Mrd. Euro prognostiziert) von 177 %<sup>10</sup> des derzeitigen (allerdings immer mehr schrumpfenden!) BIP selbst unter größten Anstrengungen der Athener Regierung und unter größtem Wohlwollen von EU und IWF erst 2022 auf 120 % des (heutigen, nicht des weiter sinkenden!) BIP gedrückt werden. Die europäischen Finanzminister haben daher in der dritten Novemberwoche 2012 eine Verschiebung des bisher für 2020 geplanten Zieles um zwei Jahre vorgeschlagen.

Das ist der Trick Nummer 1: Hinausschieben des Zahlungsziels, was einerseits den Griechen mehr an Zinsen kostet, andererseits den Gläubigern das Mehr an diesen Zinsen bringt – besser brächte, denn im Grunde geht niemand mehr davon aus, dass die Griechen auch nur einen Heller ihrer Schulden jemals zurückzahlen können – und auch gar nicht wollen/sollen.

Im schlimmsten Fall besichert der Staat seine eingegangenen Haftungen auch mit dem (Privat-)Vermögen seiner Bürger

Erreicht werden könnte dieses (Trick-)Ziel aber nur, wenn gleichzeitig eine Schuldenreduzierung angepeilt würde, was in anderen Worten heißt, dass die EU-Staaten, die EZB und der IWF den Griechen zumindest einen Teil ihrer Schulden erlassen müssten. Das hatte bereits der deutsche EU-Kommissar Oettinger prophezeit. „Schuldenschnitt“ oder „Haircut“ heißt in diesem Zusammenhang der finanztechnische Terminus technicus. Daraus folgt der

### Trick Nummer 2: der Schuldenerlass

Schuldenerlass heißt, dass den Gläubigern die Kredite, die sie (egal wem; in unserem Beispiel also den Griechen) gewährt haben, nur zu einem Teil zurückgezahlt werden – wenn überhaupt. Das bedeutet nicht nur Kapitalverlust für die Gläubiger, sondern auch Ausfall von Zinsen, mit denen der Kredit ja finanziert hätte werden sollen. Wer sind diese Gläubiger? Die einzelnen Eurolandstaaten, die sich über den mittlerweile ausgelaufenen EFSF und dem seit Anfang Oktober 2012 an seine Stelle getretenen ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) verpflichtet haben, Geld an notleidende Staaten (also Griechenland, Portugal, Irland, Zypern, Spanien, womöglich auch Italien) zu verborgen. Wie? Teils über bare (also reale) Direktzahlungen (wenn auch in Form von Überweisungen; wer trägt heute schon einen Koffer Bares von Wien nach Athen?), teils über virtuelle, und vor allem zukünftige Haftungsübernahmen (= Bürgschaften).



*"Griechenlandhilfe" bedeutet im Klartext: Rettung und Bereicherung der internationalen Großbanken. Der Grieche selbst hat nichts davon, keinen Heller mehr auf seinem Konto. Gleichwohl gilt das auch für andere bisherige "Rettungsmaßnahmen". Wie lange wird der einfache Bürger das endlose Rettungskarussell noch mittragen, auch hierzulande? Demnächst sind Wahlen ... (Im Bild: Mainhattan, die prunkvolle Skyline des Bankenviertels der Finanzmetropole Frankfurt am Main, Quelle: Nicolas Scheuer/Wikimedia Commons)*

Woher nehmen die sich solcherart verpflichtet habenden Staaten aber das Bargeld (die aktuelle Barüberweisung), und womit besichern sie ihre Haftungen als Bürgen? Vom bzw. über den nationalen und internationalen Bankenapparat. Und wie? Indem sie bei diesem Kredit (= Staatsanleihen, sogenannte „Bonds“) aufnehmen. Und womit „besichern“ (unter

Anführungszeichen, weil es ja längst keine Sicherheiten mehr sind) die bürgenden Staaten (= deren

Regierungen) diese Geldaufnahmen? Mit ... tja, mit der Arbeitsleistung ihrer Bürger – allerdings „nur“ mit deren Steueranteil. Der beträgt zurzeit in Österreich immerhin zwischen 35 % und 50 % des jeweiligen Einkommens. Damit hat die Alpenrepublik eine der höchsten Steuerquoten der Welt! Aber – im schlimmsten Fall – besichert der Staat seine eingegangenen Haftungen auch mit dem (Privat-)Vermögen seiner Bürger.

Wie bitte? Mit deren Privatvermögen?

Am 24. November 2012 ging folgende Nachricht übers Internet und die Presse: Die Ukraine (kein EU-Mitglied) führt den Zwangsumtausch ein. Die Devisenreserven der ukrainischen Nationalbank seien seit Jahresbeginn 2012 um 15,7 % gesunken und betragen zum Meldungstag nur mehr 26,8 Milliarden US-Dollar (= 20,84 Milliarden Euro). Daher verordnete das ukrainische Parlament per 29. November eine Konvertierungspflicht von Devisenguthaben von Unternehmen und Privatpersonen in die Landeswährung Griwna. Der Umtausch erfolgt durch den ukrainischen Bankenapparat ohne Rückfrage (!) bei ihren Kunden. Die Zwangskonvertierung gilt für Privatpersonen bei einem Devisenzufluss von 14.150 Euro pro Monat, Unternehmen müssen ihre Deviseneinnahmen gar zu 50 % in Griwna tauschen. Der Grund für dieses rigide Vorgehen? Die ukrainische Nationalbank habe sich bei ihren Stützungskäufen für die Griwna „überhoben“, weil der Kurs der Landeswährung – der Unternehmer und wohlhabendere Private nicht mehr vertrauten – ins Bodenlose abzustürzen drohte.

Das ist glatte Zwangsenteignung harter Währungen (sofern man US-Dollar und Euro noch als „hart“ bezeichnen mag) in eine Weichwährung, deren weitere Abwertung gegenüber dem Dollar bis Ende 2012 mit 10 % prognostiziert wurde. 2013 soll es mit der Landeswährung weiter bergab gehen. Daher werden 15 % Steuer auf Devisenverkäufe angedacht bzw. eingehoben – eine weitere Enteignung an Einkommen und, wenn man es so nennen will, von „Vermögen“.

Am 24. November 2012 ging die Nachricht durch die Presse, dass die Ukraine den Zwangsumtausch einführt

Was die Ukraine im November 2012 konnte, kann in jedem EU-Land heute oder morgen ebenfalls geschehen. So wird in Österreich bereits – so die Gerüchtebörse – die Reglementierung des Goldhandels angedacht: Goldbarren sollen nicht mehr (völlig) frei ver- und angekauft werden können. Ihr Besitz soll/könnte (bald?) meldepflichtig werden.

Wie weit ist es von da her dann noch zu „Gold gab ich für Eisen“? Die österreichische Bundesregierung garantiert jedem Sparer seine Einlage (und zwar bei jeder Bank) bis zu 100 000 Euro – allerdings nicht per Gesetz, sondern nur per Verordnung. Ein Federstrich, und die Einlagensicherung ist weg – und das Geld der Sparer ebenfalls. Panikmache? Was ist der Unterschied zwischen den „Stützungskäufen“ der ukrainischen Nationalbank, um die Griwna zu „retten“, und den Ankäufen maroder (= Schrott-) Papiere Griechenlands durch die EZB, um den Euro zu „stützen“ – oder zu retten?

Kein Wunder, dass Trick Nummer 2 (Schuldennachlass der öffentlichen Gläubiger) wenig Gegenliebe bei EZB, IWF und den Euro-Staaten fand. Vor allem die Nettozahler Deutschland (das jährlich 9 Milliarden Euro in den gemeinsamen Brüsseler EU-Topf einzahlt) und die Niederlande (2,2 Milliarden Euro Nettospende), aber auch Österreich (die schon erwähnten 800 Millionen Euro) waren vehement gegen einen solchen Haircut. Wie sollte man diesen auch seinen Bürgern (und Wählern) verkaufen? In Deutschland und Österreich sind 2013 Wahlen!

### **Trick Nummer 3: Verzicht auf Zinsen**

Da waren wir indirekt schon bei Trick Nummer 2 gewesen: Zinsenverzicht der Gläubiger. Bei Trick Nummer 2 hätte sich dieser allerdings „nur“ als Folge des Schuldenschnitts ergeben. Um diesen aber zu vermeiden, wird ein „bloßer“ Verzicht auf die Zinszahlungen Griechenlands angedacht. Die Rechnung ging so: erwarteter Schuldenstand der Griechen 2020 144 % des BIP, 2022 133 % und 2030 111 %. Und jetzt kommt Trick Nummer 3: Würde die EZB die Gewinne (also die griechischen Zinszahlungen für die ihnen gewährten Kredite) an Athen zurückzahlen (also auf sie verzichten!), würde der griechische Schuldenberg um 4,6 % sinken.

So etwas muss einem erst einfallen! Jetzt wird nicht nur das Geld in Form von Krediten verschenkt (es kann ja niemals zurückgezahlt werden; aber das wissen wir schon), jetzt sollen auch noch die Kreditkosten (die ja mit einem Teil des Zinsertrags abgedeckt werden; der „Rest“ ist der schiere Bankengewinn!) verschenkt werden.

Das müssen Sie sich so vorstellen: Sie gehen zur Bank, erhalten einen Kredit, Laufzeit 10 Jahre, um ein Haus zu kaufen oder zu bauen, bezahlen dafür Zinsen (sagen wir 6 % per anno, wenn Sie geschickt waren) und dann gehen Sie wieder zur Bank und sagen: Mein Haus ist jetzt bezugsfertig, danke, Geld hab ich keines mehr und Zinsen zahle ich auch keine. Wie? Das akzeptiert die Bank nicht? Dann malen Sie ein Hakenkreuz auf die größte Schaufensterfläche Ihrer Bankfiliale. Die Bank will Ihnen daraufhin Ihr Haus wegnehmen? Nix da! Sie müssen ja irgendwo wohnen und womöglich da auch arbeiten! Nein, Sie verlangen vielmehr einen weiteren Kredit, um wieder auf die Beine zu kommen ...

Wo da zu Ihnen und Griechenland (und Portugal und Irland; Spanien, Italien, Frankreich?) der Unterschied sei? *You are too small – and may fail! The others are too big to fail!*

In Österreich wird bereits – so die Gerüchtebörse – die Reglementierung des Goldhandels angedacht

Nun, bei Ihrem Haus würde es Ihre Hausbank schon aushalten, wenn sie auf Ihre (irren) Vorschläge einging; die österreichischen Banken hingegen haben Milliarden im Ostgeschäft verloren – und es (natürlich nur mit Staatshilfe, also mit Steuergeld) ausgehalten, sprich überlebt („restrukturiert“ heißt es im Bankenjargon). Aber die EZB? Die Europäische Zentralbank besitzt ja keinerlei Realwerte an sich (jaja, ihren Palast in Frankfurt am Main schon ... aber womöglich ist auch der nur geleast). Was die EZB in ihrer Bilanz an Haben dem Soll ihrer Ausgaben (= ihrer Stützungskäufe, die sehr bald nicht mehr bloße Außenstände, sondern pure Ausfälle sein werden) entgegensetzen hat, sind nur die „Besicherungen“ (= Haftungen) ihrer Euro-Mitgliedstaaten – und jene Devisenreserven (Dollar, Franken, Yen, Yuan – eigentlich Renminbi), die sie aufgrund des Umstandes, dass der Euro mittlerweile zur zweiten Weltwährung geworden ist und gerne als Devisenreserve angekauft wird, angehäuft hat.

Wer garantiert somit (jedenfalls zum Teil) die Habenseite in der EZB-Bilanz? Jeder EU-Bürger mit seiner Steuerleistung und – zurzeit noch hypothetisch – mit seinem Privatvermögen.

### **Die Trickserie ist noch nicht zu Ende**

Aber die trickreiche (pardon: buchhalterisch-kreative) Rechnung geht weiter: Würde man die Zinsen auf die 130 Milliarden Euro jener Kredite, die der EFSF bisher an Griechenland vergeben hat, auf volle zehn Jahre lang aussetzen, erreichten EZB, Euro-Länder und IWF zusätzliche 16,9 % Verringerung des gesamten griechischen Schuldenberges oder 43,8 Milliarden Euro. Das würde dann freilich nicht als „frisches Geld“, sondern als „Geldersparnis“ betrachtet bzw. gewertet werden ... Als ob sich der Zinsverzicht in der Bilanz nicht auf die Erträge mindernd niederschlagen würde, den Kapitaleinsatz damit verteuerte und den Steuerzahler zusätzlich belastete!

Geht's noch „kreativer“? Aber ja!

Denn auch das Folgende ist angedacht worden: ein „Rückkauf der Anleihen“ von den Privatgläubigern. Schuldner (in unserem Beispiel Griechenland) sollten also die ihnen gewährten Kredite (ihre bereits schrottreif gewordenen „Staatsanleihen“) selbst rückkaufen, aber diesmal nicht von den offiziellen Kreditgebern (also EU-Staaten, EZB und IWF), sondern von den „Privaten“, also den Banken, Pensionsfonds und Versicherungen. Die Trickser rechnen dabei folgendermaßen: Der Schuldenstand Griechenlands (damit freilich aber auch das von den Gläubigern zur Verfügung gestellte Kapital) verringerte sich schlagartig um eine Milliarde Euro (oder um 0,5 % des Gesamtschuldenstandes), würde Athen die beim ersten Schuldenschnitt im März 2012 ausgegebenen neuen Anleihen zum halben (so war es damals noch optimistisch angedacht gewesen. Geworden sind es 25 bis 33 %, also bis zu zwei Drittel Entwertung der Nominal!) Ausgabepreis rückkaufen.

Auch das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Sie haben Ihren Kredit für den Hausbau ausbezahlt bekommen, und bezahlen – anstatt zehn Jahre hindurch monatlich Ihre exorbitanten Tilgungs- und Zinsraten – bereits nach einem halben Jahr die Hälfte (oder gar nur ein mickriges Drittel!) des geborgten Geldes wieder zurück. Die andere Hälfte bzw. zwei Drittel sind Ihnen damit geschenkt, und Sie bezahlen auch nur mehr von dieser Hälfte (dem Drittel) Ihre restliche Tilgung und Zinsen – wenn den Tricksern bis dahin nicht noch etwas Absurderes eingefallen ist.

Pensionisten trifft's sofort: Sie bekommen letztlich weniger heraus, als sie eingezahlt haben – wenn ihr Pensionsfonds nicht eh pleitegeht

Dass sich „die Privaten“ mit dieser Variante nicht so recht anzufreunden vermögen, scheint einsichtig. Vor allem trifft sie auch den Steuerzahler: Banken, Versicherungen und Pensionsfonds verlieren schlagartig 50 % bis 70 % ihrer Außenstände (und ihrer anteilmäßigen Zinseszinsentnahmen), was sich auf die Bilanzen dieser Unternehmen negativ niederschlägt. Fazit: Der Staat muss mit Bankenrettungsprogrammen einspringen. Pensionisten trifft's hingegen sofort: Ihre Pensionen sinken gleich; sie bekommen letztlich weniger heraus, als sie eingezahlt haben – wenn ihr Pensionsfonds nicht eh pleitegeht.

Das war Trick Nummer 4.

## Es gibt noch einen fünften Trick

Die „Troika“, also das Dreigestirn aus EZB, Euro-Staaten und IWF, vernünftelte drei Wochen lang den Rückkauf von Anleihen in der Größenordnung von 10 Milliarden Euro zu 30 bis maximal 35 % ihres Nominalwertes. Der aktuelle Zeitwert lag damals aber aufgrund der Entwicklung (mehrfache Herabstufungen von Banken und Staaten durch die US-Ratingagenturen) schon weit unter der angedachten Marge – nämlich bei 15 Cent pro Euro. Daher würde der Bankenapparat mit dieser „Kreativität“ sogar belohnt! Die ursprünglich vorwitzige Annahme der Troika, die Euro-Länder (also deren Steuerzahler) möchten gar 50 % des Nominalwertes „bieten“ (das erinnert natürlich an einen Basar), konnte daher nur als Geschenk an den Banken verstanden werden: Mithilfe dieses Tricks würde sich der Schuldenberg der Griechen bis 2020 allerdings um 2,4 % verringern. Dafür sollten die Privatgläubiger von einer Rückkaufverpflichtung befreit werden.

Die sich daraus ergebende Milchmädchenrechnung? Griechische Anleihen waren zu Beginn des dritten Quartals 2012 zwischen 20 und 30 Cent pro Euro „wert“, manche gar nur mehr 15 Cent. Wer solche Papiere hielt oder hält, hatte bereits 70 bis 85 % seines eingesetzten Kapitals verloren bzw. musste sie abschreiben. 344 Milliarden Euro beträgt die Gesamtsumme der griechischen Schrottpapiere: nominal. Davon halten die Privaten 60 Milliarden. Durch den Rückkauf – nach welchem Trick auch immer – sollten 30 bis 40 Milliarden „getrickst“ werden, das heißt, aus den Büchern verschwinden – und via Haftungen von Euroland (EFSF und ESM) auf die Rücken der Steuerzahler „ausgelagert“ werden. Selbst bei einer „Abschreibung“ von 50 Milliarden Euro wäre der griechische Schuldenstand von den angenommenen 144 % im Jahr 2020 auf nur 120 % des BIP gesunken.

Da entschieden sich Euroländer, IWF und EZB in der Nacht vom 26. auf 27. November 2012 in 13-stündiger Verhandlung zu folgendem Mix aus der eben vorgestellten Trickkiste:

1. Athen erhält zum Erreichen der Sparauflagen einen Aufschub bis 2016. Das kostet die Geldgeber („Troika“) zusätzliche 32 Milliarden Euro.
2. Der für 2020 angepeilte Schuldenstand Griechenlands von 120 % seines BIP war nicht zu halten. IWF, EZB und Euroland haben sich daher auf 124 % geeinigt.
3. Das Schuldenrückkaufprogramm wird durchgezogen: allerdings kauft Griechenland seine Schrottpapiere (angeblich) nur von privaten Investoren zurück: um ein Viertel bis ein Drittel der Nominale. Damit löst Athen um 25 bis 35 Euro Schulden im Wert von 100 Euro auf. Ein Bombengeschäft für die Banken freilich – und jene Hedgefonds<sup>11</sup>, welche die Ramschpapiere im Sommer 2012 um 15 Cent pro Euro gekauft, weil viele Eigner der Schrottpapiere die Pleite Griechenlands plötzlich für möglich gehalten und den Ramsch um 15 Cent pro Euro abgestoßen hatten. Das ist pro 10 Milliarden immerhin eine bis zwei Milliarden Gewinn – den die Troika hätte einfahren können, wenn, ja wenn *sie* damals die Papiere angekauft hätte ... Und wieder war der Steuerzahler aus Euroland der Gelackmeierte.
4. Die Zinsen für die – Griechenland im Rahmen des ersten Hilfsprogramms (EFSF) gewährten – bilateralen Kredite werden gesenkt.<sup>12</sup> Das soll eine Entlastung von 6,6 % des BIP bis 2020 bringen. Soll ...
5. Athen wird zumindest ein Teil der Zinsgewinne aus den griechischen Staatsanleihen der EZB – aber auch jener der nationalen Zentralbanken – ersetzt.
6. Die Kreditlaufzeiten werden verlängert.
7. Griechenland möge sich mit der Ausgabe kurzfristiger Anleihen auf dem Kapitalmarkt mit frischem Geld versorgen.
8. Die „Gewinne“ aus den Punkten 1 bis 5 müssen auf ein Verrechnungskonto einbezahlt werden, aus dem Griechenland seine Schuldenrückzahlungen bedient.
9. Verstärkte Kontrollen sollen sicherstellen, dass Athen bei der Umsetzung seiner Spar- und Reformauflagen nicht wieder schlampft.

Der Schuldenrückkauf von EZB und Euroländern wurde (nur vorläufig?) verworfen.<sup>13</sup> Allein Deutschland hätte der Verzicht auf die Nominale 20 Milliarden Euro gekostet. Kein Wunder, dass sich Deutschland,



aber auch Österreich, (erfolgreich?) quergelegt hatten.

Alle Hedgefonds, die seinerzeit wie NML und Aurelius Capital der Glattrasur nicht zugestimmt hatten, werden ebenfalls Klage einreichen: Damit wäre Argentinien (abermals) pleite

Die Geldgeber haben jedenfalls Hilfszahlungen von 43,7 Milliarden Euro freigegeben. 34,4 Milliarden davon sind im Dezember überwiesen worden, die restlichen 9,3 Milliarden werden erst im ersten Quartal 2013 freigegeben: in Tranchen. Wenn Athen spurt ...

Gleich am Tag darauf (28. November) gab es das große Aufheulen der Mitdenkenden und sich nicht von den Politikern am Nasenring durch die Manege ziehen lassen Wollenden: Der Pakt weise mehrere Unsicherheitsfaktoren auf; daran, dass es keinen Schuldenschnitt auch für Deutschland, die Niederlande und Österreich geben werde, müsse mehr als gezweifelt werden. Die Rolle des IWF blieb im Dunkeln: Er hatte nämlich gefordert, dass auch die offiziellen Gläubiger Haare lassen, also einen Schuldenschnitt (von mindestens 50 %) <sup>14</sup> akzeptieren hätten müssen (siehe oben). Dieser – jedem Wissenden notwendige – Schuldenschnitt werde also spätestens (!) in zwei Jahren kommen (müssen): nach den Wahlen in Deutschland und Österreich nämlich (2013). Der SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier dazu: *„Ich sage Ihnen: Der Schuldenschnitt ist nicht vermieden, er ist verschoben worden auf einen Zeitpunkt nach der Bundestagswahl.“* Und FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle: *„Ob man zum späteren Zeitpunkt sich arrangiert ... ist nicht ausgeschlossen.“* Selbst der ehemalige Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann sinnierte: *„Irgendwann wird ein weiterer Schnitt notwendig sein.“*

Was monierte hingegen Österreichs Oberbeschwichtiger Ewald Nowotny, Gouverneur der österreichischen Nationalbank? *„Niemand kann sagen, was im Jahr 2020 wirklich so eintrifft.“* Und auf die Frage des ORF-Reporters Michael Csoklich im Morgenjournal des 28. November 2012 nach dessen Frage, ob denn auch der Bürger etwas von diesem Paket habe (und der aufmerksame Hörer wird den Verdacht nicht los, dass Csoklich den Euroland-Bürger und vor allem Bürgen gemeint hatte: *„Die griechischen Bürger haben natürlich etwas von diesem Geld ...“*) Als ob diese „Weisheit“ etwas Neues gewesen wäre ...

Und was haben die Bürgen davon? Milliardenverluste ... zugunsten der Banken.

### Lernen aus der Geschichte?

Dieses (w)irre Maßnahmenpaket erfolgte *trotz* jenes Urteils aus New York (dieses war allerdings eine Woche drauf beeinsprucht worden und ist somit – zumindest vorläufig – nicht rechtskräftig), wo ein dortiger Bezirksrichter wenige Tage vor diesem fatalen Finanzministertreffen entschieden hatte, dass Argentinien, das Pleiteland von 2001 <sup>15</sup>, jenen Hedgefonds, die dem seinerzeitigen Haircut nicht zugestimmt hatten, sofort eine erste Rate von 1,3 Mrd. US-Dollar von der immerhin schon über ein Jahrzehnt alten argentinischen Gesamtschuld diesen Gläubigern gegenüber (immerhin 20 Milliarden Dollar) zu zahlen habe.

Dabei hatte sich ein Großteil (immerhin 93 %) der vom damaligen Crash-Kurs Argentinien betroffenen Banken und Finanzinstitute (darunter zahlreiche Hedgefonds) 2010 mit Buenos Aires auf einen Schuldenschnitt geeinigt gehabt – außer mit *NML Capital* und *Aurelius Capital*; die hatten schlicht verweigert und kämpf(t)en seither in aller Welt um ihr Investment in den pleite gegangenen Pampa-Staat.

Jetzt hatten sie obsiegt: Nachdem bereits im Oktober 2012 ein Segelschiff der argentinischen Marine vor Ghana wegen dieser Außenstände beschlagnahmt worden war.

Mehr noch: Der New Yorker Richter Thomas Griesa – ein Finanzexperte (oder das Gegenteil davon?) – hatte weiterhin entschieden, Argentinien dürfe jenen Gläubigern, die dem Schuldenerlass weiland zugestimmt hatten, nicht einmal mehr die erlassenen (und daher reduzierten, aber verpflichtenden) Teilbeträge in Raten zurücküberweisen: solange NML und Aurelius Capital nicht in ihren Forderungen

befriedigt seien. Zum Handkuss – nämlich in einer Doppelmühle steckend – kommt die Bank of New York, die nun nicht weiß, wessen Forderungen sie bedienen soll: jene der Geschorenen oder jene der Obsiegten, die den Haircut verweigert hatten. Goldman Sachs warnte sofort vor einem neuen Staatsbankrott Argentiniens ...

Prompt wetterte der argentinische Wirtschaftsminister Hernan Lorenzino, dass das New Yorker Urteil „unfair“ gegenüber jenen Gläubigern sei, die sich zu einem Schuldenverzicht bereit erklärt hatten und Milliardenverluste hinnehmen hatten müssen. Hier tun sich freilich Ahnungen zur derzeitigen Lage Griechenlands auf ...

Dazu kommt, dass NML, Aurelius Capital et alia seinerzeit genau das getan hatten, was die Folge dessen wäre, wenn wahr wird, was die „Troika“ den ehemals hoffnungsvollen Investoren in punkto Griechenland zumutet: auf bis zu 80 % ihres Einsatzes zu verzichten. Die karibischen Hedgefonds (NLM hat seinen Sitz auf den Cayman-Inseln) hatten damals die argentinischen Schrottpapiere um 30 Cent für einen US-Dollar gekauft und verlangen (sie hatten dem Haircut ja nicht zugestimmt) von Argentinien den Nominalwert. Nun, das sind Gewinne von an die 200 %. Schlecht? Da mag man schon prozessieren, oder? Und dann auch noch gewinnen ...

Die argentinische Doppelmühle? Die Düpierten, also jene, die dem Haarschnitt von 2003 zugestimmt hatten, wollen das Aussetzen ihrer Ratenzahlungen (gemäß dem New Yorker Urteil) nicht hinnehmen und die verbliebenen Schulden (das sind immerhin auch an die 20 Milliarden US-Dollar) sofort fällig stellen. Was zur Doppelmühle der Bank of New York überleitet.

Jetzt werden all jene Hedgefonds, die seinerzeit wie NML und Aurelius Capital der Glattrasur nicht zugestimmt hatten, ebenfalls Klage einreichen: Damit wären für Argentinien weitere 12 Mrd. US-Dollar fällig – und das Land wäre (abermals) pleite.

Anfang 2013 soll in Deutschland ein Gesetz in Kraft treten, demzufolge Banken im Krisenfall durch ihre Rücklagen oder andere „Konstruktionen“ entweder saniert oder schlicht zugesperrt werden können

Die ehemals vertrauensvollen<sup>16</sup> Investoren in die europäischen „Pleite“-Länder (merke: Wer noch nicht pleite ist, kann es noch werden; die Reihe der Anwärter ist lang ...) werden zusehends nervös: Wenn jemand, der Ramschpapiere quasi zum Nulltarif (was mehr sind auch schon müde 30 % des Ausgabewerts?) kauft, dann (zumindest vorläufig) erfolgreich auf die Nominale klagt und gewinnt, wird niemand mehr einem Schuldenschnitt zustimmen ... trickreiche (= „kreative“) EU-Finanzminister her oder hin ... Griechenland lässt grüßen.<sup>17</sup>

## **Skrupellose Bankgeschäfte**

Die deutsche Bundesregierung hat daher im November 2012 die Notbremse gezogen und verlangte „Pläne für den Krisenfall“. So soll Anfang 2013 ein Gesetz in Kraft treten, demzufolge Banken im Krisenfall durch ihre Rücklagen oder andere „Konstruktionen“ entweder saniert oder schlicht zugesperrt werden können. Jedenfalls soll nicht mehr der Steuerzahler dafür blechen müssen. Denn: Die EU-Kommission hatte ausgerechnet, dass dieser alleine zwischen 2008 (dem Jahr des Ausbruchs der Krise) und 2010 in Summe rund 1,6 Billionen ( $1,6 \times 10^{12}$ ) Euro für die Bankenrettung zur Verfügung hatte stellen müssen. Zwar besteht der Großteil dieses Betrags einstweilen „bloß“ aus Haftungen, d. h. die gewaltigen Beträge geistern nur in Computern als „Fiat Money“ herum, aber angesichts der anstehenden Pleiteserie europäischer Staaten ist es nur mehr eine Frage der Zeit, bis die Nettozahlerstaaten aus Euroland – allen voran Deutschland, die Niederlande und Österreich – auf die Vermögen ihrer Bürger schamlos zugreifen oder sie über die zu erwartende Inflation schlicht still, aber dafür umso kräftiger enteignen werden.

Wie diese „Sicherung“ der Banken aussieht? Die G-20, die Gruppe der 20 führenden Industrie- und Schwellenländer, hatte bereits 2011 und 2012 vom Bankenapparat verlangt, mehr Eigenkapital („Mindestreserve“) anzulegen und einen „Fahrplan“ auszuarbeiten, der eventuell notwendig werdende

Sanierungen bis hin zur Geschäftsauflösung beinhaltet.

An der Zeit war es ja, denn das bisher mehr als fragwürdige und schamlose Zocken in der Finanzblasenwirtschaft und die mehr als dubiosen Hypothekengeschäfte vor allem der Geschäftsbanken in den USA und – wie wir seit rund einem Jahr wissen – auch in Spanien, haben die Finanzwelt an den Rand des Zusammenbruchs geführt. So ist mittlerweile nicht nur der *JPMorgan-Chase-Bank*, sondern im November 2012 auch der *Credit Suisse* in den USA der Prozess gemacht worden. Das Schweizer Institut soll beim Verkauf von „Residential Mortgage Backed Securities“ (RMBS) in den Jahren 2006 und 2007 Angaben gemacht haben, die der New Yorker Generalstaatsanwalt als „irreführend“ bewertete. Die sich daraus ergebenden Verluste für die Investoren dieser „Wertpapiere“ hätten 11,2 Mrd. US-Dollar bzw. 8,7 Mrd. Euro betragen. JPMorgan Chase hätte gar 22,5 Mrd. US-Dollar Verluste für die Investoren zu verantworten.

Beide Banken waren kurz davor von der amerikanischen Börsenaufsicht SEC zu Schadenersatzzahlungen in der Höhe von 417 Mio. US-Dollar genötigt worden: Weil sie während des Immobilienbooms, dessen Platzen 2007 letztlich 2008 die Weltwirtschaftskrise ausgelöst hatte, faule Eigenheimkredite (mit Kreditsummen von über 100 % des Schätzwertes<sup>18</sup>) zu „Paketen“ gebündelt und verhökert hatten. Als in der Folge der Wirtschaftskrise viele US-Häuslebauer ihre Kreditraten nicht mehr zahlen konnten, wurden die Kredite fällig gestellt und die Schuldner enteignet und ausquartiert – ein Vorgehen, das die spanischen Banken im November 2012 eins zu eins kopierten, solange, bis eine verzweifelte, eben delogiert werden Sollende vom Balkon ihres nun nicht mehr ihr gehörenden Hauses in die Tiefe sprang.

Die Bankster Spaniens hatten sich noch eine zusätzliche Gemeinheit „zum Drüberstreuen“ ausgedacht: Konnte das gepfändete Haus nicht zum erwarteten Wert verkauft werden (und kaum eines konnte das, weil Ende 2012 in Spanien niemand mehr Geld hatte, sich auch ein noch so billiges Haus zu kaufen), wurde der Fehlbetrag zum geschätzten Verkaufspreis einfach dem Ausquartierten als zusätzliche Schuld aufgebrummt ...

Wen wundert bei solchen Praktiken (die nach dem spektakulären Selbstmord der Verzweifelten von der spanischen Regierung untersagt worden waren), dass es zur Bildung des Kunstwortes „Bankster“ kam? Eine semantische Erklärung dafür erübrigt sich wohl ...

### **Und noch eins drauf: goldene Tricks**

Wie bereits oben erwähnt, bestehen in Österreich angeblich Pläne, Goldankäufe „überwachen“ bzw. „reglementieren“ zu wollen. Dass bereits heute Leute mehr Gold virtuell „besitzen“ als es real irgendwo gehortet würde, dürfte inzwischen bekannt sein. Der Run auf Gold war und ist in unseren Krisenzeiten so anhaltend, dass bereits mehr Gold verkauft wird, als real vorhanden ist. Es verhält sich damit ein wenig so wie mit Banken im Allgemeinen: Die verborgen auch mehr Geld, als sie haben ... Sicher(er) ist jedenfalls derjenige, der sein Gold vergraben hat oder gar darauf schläft – wenn er so fürwitzig ist. So mancher ist jedenfalls schon wegen weniger als einem Goldbarren (am 23. November 2012 war ein Kilobarren immerhin an die 43.170 Euro wert) ausgeraubt oder gar erschlagen worden.

Bis vor kurzem war bis zu 80 % des österreichischen Nationalschatzes an andere Goldbanken „verleast“

Selbst das österreichische Nationalbankgold ist vor „kreativem Handel“ nicht geschützt – warum sollte es das auch? Wo Banken werken, geht's eben „kreativ“ zu – um es vornehm auszudrücken. Die Österreichische Nationalbank (OeNB) hatte sich daher jahrzehntelang „nobel“ zurückgehalten und stets dazu geschwiegen, wo sich denn der österreichische Goldschatz befinde. Nichts wurde darüber verlautet, bis am 22. November 2012 Ewald Nowotny, OeNB-Chef und Nachfolger des ehemaligen „legendären“ Gouverneurs Klaus Liebscher, mit der Meldung herausrückte, dass „lediglich“ 16 % des Goldbestandes der OeNB „verleast“ seien. APA (Austria Presse Agentur), ORF und diverse Zeitungen berichteten verzückt: „Verleast“? Wie bitte?

Man las erstaunt, dass bis vor kurzem (gemeint war die letzte Jahrtausendwende und danach) bis zu 80 %

des österreichischen Nationalschatzes an andere Goldbanken „verleast“ (also verborgt, um das hässliche Lehnwort einzudeutschen) waren.

Abermals: Wie bitte? Österreich verborgte 80 % seines Goldschatzes? Um welche Mengen handelt(e) es sich denn dabei? Nun, die Angaben variieren, und ein Schelm ist, wer Böses dabei denkt. Also: Zurzeit (Ende 2012) sind es nur mehr „mickrige“ 280 Tonnen – und die werden in drei Ländern gehortet: 224,4 Tonnen liegen am Goldgroßhandelsplatz in London. Ihr Wert errechnet sich aus dem jeweiligen Tageskurs und lag demgemäß Ende November bei 96,87 Milliarden Euro. 6,9 Tonnen (2,98 Milliarden Euro) werden in der Schweiz in Basel gebunkert. Über die verbliebenen 48,7 Tonnen (21 Milliarden Euro) wacht die Münze Österreich. Und wo ist der Rest?

Welcher Rest? Nun, 1980 hatte die Republik noch Goldreserven von 656,6 Tonnen besessen, 1990 waren diese auf 634,3 Tonnen geschmolzen und 2000 waren es gar nur mehr 377,5 Tonnen gewesen. Beim Abgang von Klaus Liebscher (2008) war immerhin noch die Hälfte der damaligen austriakischen Goldmenge in fremden Tresoren und damit außer Landes gewesen. Wo aber ist diese Golddifferenz hin? Man kann es nur vermuten: Unser Gold dürfte – wie oben schon angemerkt – verleast worden sein. Die OeNB vermeldet dazu: Ja, und wir haben seit der Jahrtausendwende damit 300 Millionen Euro verdient. Wie kommt die OeNB aber dazu, „unser“ Gold zu verborgen und damit Geld zu verdienen? Da bedarf es vorerst der Klärung des finanztechnischen Begriffes des „Teilreservesystems“.

In einem Teilreservesystem bestimmen Zentralbanken nach eigenem Ermessen, zu welchem Teil (daher *Teilreserve*) ihre Währung mit realen Werten gedeckt ist. Die Geschäftsbanken wiederum schöpfen – ebenfalls aufgrund des Prinzips der Teilreservehaltung – das Giralgeld, dem ja auch nur ein Teil an realen Einlagen gegenübersteht. Somit haben wir es mit einem quasi doppelten Teilreservebankensystem zu tun, weil ja immer nur ein kleiner Teil (maximal 10 %) der offenen Passiva durch reale Sachwerte wie Gold, Silber, Devisen oder die Wirtschaftsleistung einer Währungszone besichert oder bedeckt ist. Der größte Anteil der Aktiva wird hingegen auf zukünftige (!) Einnahmen fortgeschrieben, auf die man eben hofft. Platzt diese Hoffnung (z. B. aufgrund einer Wirtschaftsrezession, wie wir sie eben jetzt erleben), ist die Bank pleite – und es blecht der Steuerzahler. (Giralgeld-)Gewinne werden individualisiert (= Boni der Bankster), reale Verluste (in Österreich z. B. Hypo Alpe Adria, Volksbanken etc.) werden „sozialisiert“, d. h. dem Steuerzahler aufgebürdet.

Dieses – nämlich unser heutiges – Bankensystem (im Englischen „Fractional Reserve Banking“ genannt) ist eine direkte Folge der stürmischen Industrialisierung im 19. Jahrhundert, als klar wurde, dass zur Entwicklung fortschrittlicher Infrastruktur (etwa des Eisenbahnbaus) mehr Kapital erforderlich war, als die Kreditinstitute an Realwerten zur Verfügung hatten. Folge dieser Erkenntnis (und Notwendigkeit) war die Entwicklung der kreditfinanzierten Kapitalgesellschaften, wie sie heute das Gros der Weltwirtschaft ausmachen. Die Idee war bestechend – und gefährlich – einfach: Man gestattete den Banken, nur einen Teil der ihnen anvertrauten Einlagen als Reserve zu halten und darüber hinaus – „auf Luft gedruckt“; daher der heute übliche Ausdruck „Fiat Money“: gemachtes Geld – Bares in Umlauf zu setzen, das sie sich von den Notenbanken borgten. Der Mindestreservesatz betrug meistens 10 %, das heißt, bei einer Einlage von 100 Währungseinheiten konnten 900 an Krediten vergeben werden. Es wird damit „aus Luft“ Geld geschaffen: Der legendäre österreichische Wirtschaftswissenschaftler aus der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, Josef Schumpeter, hatte es daher auch richtig „Kaufkraft aus dem Nichts“ genannt

...

Unser heutiges Bankensystem ist eine direkte Folge der stürmischen Industrialisierung im 19. Jahrhundert, als klar wurde, dass zur Entwicklung fortschrittlicher Infrastruktur mehr Kapital erforderlich war, als die Kreditinstitute an Realwerten zur Verfügung hatten

Dieses Prinzip gilt bis heute und ist mit ein Grund für die seit 2008 herrschende Wirtschaftskrise und die zunehmende Verschuldung von Banken und Staaten. Verschärft wurde diese Vorgehensweise dadurch, dass man im letzten Jahrzehnt (dem „Jahrzehnt der Gier“ mit seinem Auswuchs der „New Economy“<sup>19</sup>) die Mindestreserve auf bis zu 2 % abgesenkt, was natürlich jeder Spekulation Tür und Tor geöffnet hatte. Sukzessive wurden in den letzten zwei Jahren daher die Mindestreserven wieder behutsam angehoben.

Die Kreditklemme gegenüber der Realwirtschaft wird aber von den Banken nach wie vor aufrechterhalten.

Das gleiche Prinzip wird nun auch von den Nationalbanken auf dem Goldmarkt angewandt: Für ein Kilogramm physisches Gold (= ein Barren) werden 10 Kilogramm Goldforderungen gehandelt. Damit verzehnfacht sich – ähnlich dem Giralgeld – der virtuelle Goldbestand: Es kann um das Zehnfache mit Gold gehandelt werden – und wird es auch. Das geht solange gut, bis nicht alle Goldbarreneigner, die dieses Gold nur in Form von Bankauszügen in „Depots“, also „auf Luft“ „besitzen“, ihre Barren physisch beanspruchen. Sollte das eintreten, käme es zu einem Goldcrash, ähnlich dem Bankencrash, wenn alle ihre Spareinlagen mit einem Schlag („schwarzer Freitag“) abhoben. Sollte dieser „Gold Run“ eintreten (was angesichts der auf uns möglicherweise zukommenden Enteignungen bzw. Zwangsverordnungen gar nicht so unwahrscheinlich ist), wäre alles von der österreichischen Nationalbank „verliehene“ Gold verloren. 16 % des österreichischen Nationalschatzes (von welchem Bestand?) wären jedenfalls kein Klacks ...

## Fazit

Mit öden finanztechnischen Tricks kann Griechenland nicht gerettet werden. Denn bei aller politisch motivierter finanztechnischer „Kreativität“ werden nur die Systembanken geschont, in deren Geiselhaft die Regierungen schon seit langem sind, und die Steuerzahler von Euroland belastet. Griechenland muss sofort in die Pleite geschickt werden. Die daraus sich ergebenden Verluste der betroffenen Banken würden durch deren vorangegangenen Gewinne mehr als wettgemacht – man denke allein an die Boni der Bankster –, und der Steuerzahler bliebe verschont. Für Griechenland und andere – zukünftige – Pleiteländer müßte ein Südeuro geschaffen werden, der gegenüber dem bestehenden Euro frei konvertibel wäre – also könnten Pleiteländer abwerten, um durch ihre damit wieder wettbewerbsfähig gewordenen Landesprodukte ihre Wirtschaft in Gang zu bringen. Importwaren würden freilich verteuert – aber bereits heute kann sich der Großteil der Griechen, Portugiesen, Spanier, Iren und Italiener kaum mehr teure Importgüter leisten; sogar heimische Autos, wie etwa der Fiat) in Italien (Rückgang: über 40 %), werden kaum mehr gekauft, und Seat geht es in Iberien auch nicht besser. Es würde in keinem an der Kippe schwankenden mediterranen Land schlechter werden – nur die anstehenden Unruhen könnten verhindert werden, und neue Arbeitsplätze für lokale Produkte würden geschaffen, die wegen der Weichheit der Landeswährung auch keine Importe aus Drittwelt- oder Schwellenländer mehr zu fürchten hätten. Chinesische Waren wären out.

Investoren hätten endlich begründete Hoffnung, ihr Kapital wiederzusehen – mit Gewinnen. Hat die lokale Wirtschaft sich dann erholt, müsste der Südeuro (oder der jeweils lokale Euro; je nachdem, wie viele Länder in die Pleite geschlittert sind) behutsam in seiner Parität an den harten Euro herangeführt werden. Das mag zehn, zwanzig Jahre dauern – aber das bodenlose Fass der südeuropäischen Misswirtschaften wie bisher weiterhin füllen wollen, obwohl jeder weiß, dass das Schuldenloch nicht mehr zu stopfen ist, bringt den sozialen Unfrieden von Athen, Lissabon und Madrid auch nach Kerneuropa, vor allem in die Nettozahlerländer, wo die Solidarität deren Bevölkerungen mit dem Süden endenwollend ist. Europa ist noch keine Einheit wie eine gewachsene Nation, und ein „Europa der (75) Regionen“ (nach einem Entwurf von Leopold Kohr) kann friktionsfrei nur dann ent- bzw. bestehen, wenn die Regionen mehr oder weniger gleiche wirtschaftliche Voraussetzungen aufweisen – was sie zurzeit definitiv nicht tun.

Hier haben unsere Politiker kläglich versagt, und die Visionen eines Helmut Kohl und Françoise Mitterrand waren eben nur Visionen. Der Euro *vor* der Einheit war ein Missgriff.

Mit öden finanztechnischen Tricks werden nur die Systembanken geschont, in deren Geiselhaft die Regierungen schon seit langem sind

Man darf auch ein Zweites nicht übersehen: Die Eurokrise ist zum Teil auch eine gezündelte, gezielte Attacke aus dem Dollarbereich gegen den Weltwährungskonkurrenten Euro. Man sollte auch nicht vergessen, dass es vor allem Goldmann Sachs war, jene „Ostküstenbank“ (Copyright Jörg Haider), die Griechenland in seine Bredouille genötigt hat, und dass es die US-Ratingagenturen waren und sind, die auch andere Euroländer (und deren Systembanken) durch permanentes Downgrading in finanzielle Turbulenzen trieben: mit dem Ziel, dem Euro und der EU zu schaden. Es ist auch kein Zufall, dass

Großbritannien den Euro nicht übernommen hat, und David Cameron offen mit dem Austritt aus der EU droht: George Orwells Szenario aus seinem Roman „1984“ (USA und Großbritannien unter dem Namen „Ozeanien“ als Verbündete, Europa und Russland unter der Chiffre „Eurasien“ in Koalition und alle gegen „Ostasien“, verschlüsselt als China) scheint eine durchaus hellseherische Leistung gewesen zu sein.

Verschwörungstheorien? Auch das ist ein Totschlagargument oder eine Keule ...

Europa kann sich nur selbst helfen – und darf sich nicht von der Wallstreet und der City of London in den Konkurs treiben lassen. Das bedeutet aber, sich nicht von der PR-Maschinerie des Turbokapitalismus kirre und mundtot machen zu lassen, sondern endlich sich der eigenen Stärke und Wirtschaftskraft bewusst zu werden. Österreich sollte mit Deutschland gemeinsam an einem Strang ziehen – und Frankreich nicht dessen Exportleistungen die Schuld „an allem“ geben.

Und zuletzt: Nehmen wir die Wirtschaftsdaten Japans und der USA (vgl. Anmerkung 8). Die EU ist jenen Zahlen gegenüber ein wahrer Musterknabe und Meister im Wirtschaften. Und Griechenlands Schulden (rund 350 Mrd. Euro) betragen ganze 2,8 % (!) des Bruttoinlandsproduktes der gesamten EU von rund 12,5 Billionen Euro! Und das sollte die Wirtschaftskraft Europas im Sinne einer Pleite Hellas sich nicht leisten können?

Es geht bei allen Tricken und Trickereien nur mehr um die Gewinne der Banken.

Warum schreibt das sonst niemand?

### Von Zahlen und Zahlern

Die teuerste Nacht im teuersten Hotel der Welt, im *President Wilson* in Genf, kostet den Betuchten 42.000 (zweiundvierzigtausend!) Euro. Das *Four Seasons* in New York nimmt noch stolze 26 862 Euro, das *Ritz Carlton* in Berlin 14.500 Euro, nur das *Claridge's Hotel* in London begnügt sich mit läppischen 8.000 Euro, zu zahlen in Pfund. Damit rangiert es als zehnt-teuerstes Hotel der Welt.

In Österreich besitzen zwar 5 % der Haushalte je 2,6 Mio. Euro an Vermögen, das ergibt in Summe 45 % des privaten Gesamtvermögens, 50 % der Haushalte hingegen verfügen über je nur 18.486 Euro, was in der Summe keine 4 % der österreichischen Privatrücklagen ergibt. Rein rechnerisch könnte sich die Hälfte der österreichischen Familien mit ihrem „Vermögen“ gerade eine halbe Nacht im *President Wilson Hotel* leisten. Tags darauf wären sie pleite.

2011 bezogen 640.768 österreichische Pensionisten eine Rente von (brutto) unter 10.000 Euro im Jahr, 68.891 Elitäre (meist Altpolitiker und deren Hinterbliebene) aber von 100.000 Euro und mehr. Einige sackten sogar an die 200.000 ein. Der Durchschnittsrentner muss sich dagegen mit 18.800 Euro pro Jahr bescheiden. Der Kaufkraftverlust der Pensionisten betrug in den letzten 12 Jahren übrigens 7 % - ein glatter Raubzug.

Das Vermögen der zehn reichsten auf dieser Welt wächst in jeder Stunde um mehr als 140 Millionen Euro. Die 100 reichsten österreichischen Haushalte verfügen über ein jährlich um 10 % wachsendes Vermögen von 105 Milliarden Euro, 190.000 heimische Haushalte bunkern ein Vermögen von mehr als eine Million Euro. Dagegen sind in einem der reichsten Staaten der Welt, der austriakischen Alpenrepublik, 511.000 Bürger von beschämendster Armut betroffen - davon sind 138.000 Kinder.<sup>20</sup>

Die jährliche Wirtschaftsleistung Zyperns<sup>21</sup> hingegen beträgt schlappe 17,5 Milliarden Euro - genausoviel wie die am Rand der Zahlungsunfähigkeit vorbeischarmende zyprische Regierung von der EU qua Euro-Rettungsschirm einfordert(e). Bei Bewilligung (durch Merkel et alia) wäre Zypern dann das vierte Land (nach Griechenland, Irland und Portugal), dem die EU-Steuerzahler ihr Geld hinterherwerfen (und nie mehr sehen werden), und das, nachdem am 22. November 2012 die Ratingagentur Fitch die „Bonität“ des maroden Inselstaats um weitere zwei Stufen abgewertet hatte: zum Ramsch.

Ach ja: Österreichs jährliche Wirtschaftsleistung (BIP; Bruttoinlandsprodukt) beträgt 300,7 Milliarden Euro (2011), also das rund 18fache Zyperns - bei nur 8facher Bevölkerungszahl! Kärnten, das an meisten verschuldete Bundesland Österreichs, erwirtschaftet mit 15 Milliarden Euro fast so viel wie die Mittelmeerinsel. Und: Das Pro-Kopf-Einkommen des Alpenländers beträgt 35.710 Euro, das des Insulaners 16.000 Euro, also nicht einmal die Hälfte.

Soviel zum Nord-Süd-Gefälle in der Europäischen Union - und zur sozialen „Ausgewogenheit“ im siebtreichsten Land der

Welt, das immerhin als Nettozahler nach Brüssel mit 805 Millionen jährlich den 9. Platz der elf EU-Nettozahler einnimmt. Dafür kriegen die Zyprioten aus Brüssel - außerhalb des Rettungsschirmes, unter den sie ja schlüpfen wollen - auch nur müde sieben Millionen Euro - ein Klacks gegen die satten elf Milliarden, die Polen von den EU-Nettozahlern erhält ...

## ANMERKUNGEN

1. Linke, was immer das auch sein mag. Seit sich Kommunisten, Grüne, Piraten, Sozialdemokraten und Linkskatholen als „links“ bezeichnen, ist eine Definition nicht ganz einfach.
2. Flamen und Wallonen bedienen sich häufig des Englischen, wenn sie – sofern überhaupt – miteinander kommunizieren.
3. Grund dafür ist der wirtschaftlich viel besser aufgestellte flämische Norden gegenüber der armen französischsprachigen Wallonie. 2010 wurde die flämische Partei N-VA mit ihrem Streben nach einem unabhängigen Flandern zur stärksten politischen Kraft im Land. Dem daraufhin noch heftiger aufflammenden Sprachenstreit folgte mehr als ein Jahr (!) lang eine Periode ohne Regierung.
4. Sie konnten ihre Mandatszahl mehr als verdoppeln. Auch die linksseparatistische CUP hielt mit drei Abgeordneten Einzug ins katalanische Parlament. Damit haben die Horuck-Separatisten mit 74 Sitzen die klare Mehrheit und werden nun mit Hochdruck auf die Abspaltung hinarbeiten – Spaniens Premier Mariano Rajoy wird ein unabhängiges Katalonien allerdings nie in die EU lassen.
5. Der Süden rächt sich damit mit einem – freilich abwandelbaren – Sprichwort: „Besser ein Toter im Haus, als ein Mann aus Padua (Stadt ad libitum) vor der Tür.“
6. Eine Untersuchung unter österreichischen Oberstufenschülern Ende November 2012 brachte zutage, daß die meisten nicht einmal wussten, was Inflation ist. Von Deflation und Stagflation gar nicht zu reden ...
7. In der gleichen Woche verlor Frankreich sein Toprating durch die US-Ratingagentur Moody's. Und die Zukunft des Landes ist mit 25,7 % Jugendarbeitslosigkeit mehr als düster. Nur Spanien (54,2 %) und Griechenland (55,6 %) haben diesbezüglich höhere Raten. Doch bei diesen beiden Ländern haben die US-Ratingagenturen ohnedies schon volle Arbeit geleistet ...
8. Im Grunde genommen ist es der Steuerzahler eines jeden Landes, dessen Regierung beim Bankenapparat Kredite (= Staatsanleihen) aufgenommen hat und daher tief verschuldet ist: also fast alle Staaten dieser Welt, allen voran die USA mit 16 Billionen US-Dollar oder 110,2 % ihres BIP, und Japan als das höchstverschuldete Industrieland der Welt mit 1,076 Trillionen ( $1,076 \times 10^{15}$ ) Yen oder 241,1 % seines BIP. Die EU ist natürlich auch überschuldet: mit 10,3 Billionen ( $10,3 \times 10^{12}$ ) Euro oder 82,5 % ihres BIP (von wegen Maastricht-Kriterien!): aufgrund ihrer hohen Sozialleistungen und der Haftungsübernahmen für die faulen Kredite als Folge der Misswirtschaft ihrer Mittelmeerländer – wozu allerdings auch Frankreich gehört: siehe vorherige Anmerkung. Euroland hat zwar „nur“ 8,1 Billionen Euro Schulden, die aber 87,2 % seines BIP ausmachen ... Und wer sind die „Bravsten“? Estland mit 900 Mill. Euro Schulden (6 % seines BIP), Bulgarien (!) mit 6 Mrd. Euro (16,3 % des BIP), Luxemburg mit 7,4 Mrd. Euro (18 % des BIP) und Lettland mit 8,1 Mrd. Euro oder 42 % seines BIP. Wer hätte gedacht, dass Russlands 5,2 Billionen Rubel Schulden nur 9,6 % seines BIP ausmachen? Sogar die stolze Schweiz hat mit 274,8 Mrd. Franken ihr BIP mit 47,8 % belastet! Und auch die zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Welt, China, belastet mit seinen 1,2 Billionen Reminbi Staatsschulden sein BIP mit 25,8 % (alle Zahlen: 2011).
9. Österreichs Schuldenstand betrug Ende 2012 229 Mrd. Euro, also gut ein Drittel weniger als jener Griechenlands. Das BIP der Alpenrepublik war mit (2011) 300,712 Mrd. Euro hingegen fast mit jenem Griechenlands (2011) von 299,280 Mrd. Euro identisch. Aber: Das griechische BIP wird bis 2013 auf 236 Mrd. Euro sinken, das Österreichs hingegen, wenn auch nur um 0,1 % (so der Wert im dritten Quartal 2012) wachsen (für 2013 sind 0,5 % prognostiziert). Und: Griechenlands BIP wird von 11,2 Millionen Einwohnern erwirtschaftet, jenes Österreichs von „nur“ 8,42 Millionen. Das Pro-Kopf-Einkommen ist also in Österreich mit 35.630 Euro um gut ein Drittel höher als jenes Griechenlands mit 26.785 Euro. Dazu kommt, dass Griechenland einen Gutteil seines BIP durch seine Reedereien einfährt, die aber keine Steuern zahlen. Dann hat Griechenland (nach Kuba) die

zweithöchste Ärztequote der Welt mit 617 Ärzten pro 100 000 Einwohner. Österreich leistet sich gerade mal 485, der EU-Schnitt beträgt 315, manch deutsches Bundesland bescheidet sich mit weit darunter. Und: Auch die griechischen Ärzte zahlen (fast) keine Steuern, unterhalten sich aber vielfach Yachten und Luxuslimousinen bei angegebenen Einkommen von ein paar läppischen tausend Euro pro Jahr. Fazit: Ein Gutteil des griechischen BIP wandert ins Ausland oder in die Privatschatullen Betuchter – dem Staat bleibt ein Bettel. Dies hatte auch SPD-Chef Sigmar Gabriel zur Aussage veranlasst, Europas Regierungen sollten das Auslandsvermögen reicher Griechen einfrieren, bis sie bewiesen hätten, dass die ihr Geld in der Heimat korrekt versteuert hätten. Ohne ein Zur-Kasse-Bitten der reichen Griechen würde die SPD keine Zustimmung zu weiteren Hilfspaketen mehr geben.

10. 2014 sollen es gar 189 % werden.
11. Die Spekulanten aus der Griechenlandhilfe sahen ab, allen voran die Hedgefonds *Greylock Capital* und *Third Point Management*.
12. Was vor allem die spanischen und italienischen Banken trifft: Die hatten sich, obwohl mittlerweile selbst in Bedrängnis, intensiv am Geldgeben für Griechenland beteiligt gehabt und kriegen nun durch diesen ausgehandelten Zinsenverlust (auf ihre gegebenen Kredite!) die lange Nase gedreht.
13. Kein Wunder, dass sich die Finanzminister am Morgen des 27. Novembers, was das Schuldentrückkaufprogramm anbelangte, bedeckt hielten und auf Fragen danach nicht antworteten.
14. Was noch immer ein „Gewinn“ für die Banken von bis zu 35 % gegenüber dem obengenannten Zeitwert des Ramsches gewesen wäre. Daher gibt es Gerüchte, dass den Ramschpapierhaltern ihre Anleihen nur um maximal einem Drittel der Nominale abgekauft werden sollen – weniger gut für die Banken, aber noch immer ein Gewinn (der aktuelle Wert der Papiere beträgt 15 Cent pro Euro), dafür aber ein umso größeres Desaster für die Steuerzahler: Die haften nämlich für den vollen Euro! Klar, dass Schäuble und Fekter Stein und Bein schworen (mit gekreuzten Fingern?), dass dies für sie nicht in Frage käme: weil es „Amtsmissbrauch“ wäre ...
15. Moratorium vom 23. Dezember 2001; wahrlich ein „Christkindl“. Mit 95 Milliarden US-Dollar Staatsbankrott hält Argentinien bislang den Rekord ... aber Griechenland ist ja noch nicht so weit. Wenn es soweit kommt, wird es Argentinien locker überflügelt haben!
16. Wann hätte es jemals „Sichereres“ gegeben als Staatsanleihen? Man hat aus Argentinien offenbar nichts gelernt gehabt. Zurzeit werden österreichische Staatspapiere sogar mit einem Negativzinssatz belegt, d. h., man muss noch dazuzahlen, damit man Österreich sein Geld borgen darf. Lernen scheint tatsächlich ausgesetzt. Sogar US-amerikanische Nobelpreisträger haben zu Pepi Prölls Zeiten als Finanzminister vor der drohenden Pleite Österreichs gewarnt. Pröll hatte das damals entrüstet von sich gewiesen. Österreichs Verluste bei seinen Ostbankgeschäften sind freilich noch immer nicht aufgearbeitet und einige Banken noch immer marode (Stichworte Hypo Alpe Adria und ÖVAG. Die italienische Unicredit als Eigner der Bank Austria lebt auch nur mehr von deren Gewinn, vgl. auch die Beiträge [„Double Dip“: vom Zusammenbruch unseres Finanzsystems](#)“ und [„Ausgehebelt: Der Leverage-Betrug mit dem EFSF](#)“). Und Österreichs Haftungen Griechenland und dem ESM gegenüber (in Summe zig Milliarden!) können über Nacht schlagend werden.
17. Dazu muss man anmerken: Argentinien's BIP betrug (2011) 447,6 Mrd. US-Dollar, das waren beim damaligen Umrechnungskurs von im Mittel 1,45 Dollar pro Euro schlappe 308 Mrd. Euro, also etwa so viel wie sowohl Österreich als auch Griechenland in diesem Jahr erwirtschafteten. Aber: Argentinien hat 40 Millionen Einwohner, was sein Pro-Kopf-Einkommen (PKE) auf rund 7.700 Euro drückt, also auf weniger als ein Fünftel des österreichischen und rund ein Viertel des griechischen! Diese schockierende Imparität wird gemildert, wenn man nicht das unbereinigte BIP, sondern jenes der Kaufkraftparität (engl.: Purchasing Power Parity, PPP) hernimmt. Dabei geht es um einen Vergleich von geographisch unterschiedlichen Wirtschaftsräumen und deren Warenkörben. Die Kaufkraftparität ergibt sich aus der anteilmäßigen Errechnung der Preise für die Waren des jeweils anderen (natürlich entsprechenden) Warenkorbs. Da Griechenland und Österreich (als EU-Staaten) Hochpreisländer sind, und Argentinien ein armes Drittweltland ist, muss man, um die „echte“ Kaufkraft in Argentinien zu ermitteln, deren BIP über die PPP umrechnen. Dann ergibt sich für Argentinien ein (höheres) BIP von 716,4 Mrd. Dollar (494 Mrd. Euro) und ein PKE von 17.516 Dollar (12.080 Euro). Fazit: noch immer mickrig, aber nicht mehr so erbärmlich. Was bei solchen unwürdigen wirtschaftlichen Verhältnissen die, aufgrund des obengenannten



US-Gerichtsurteils (sollte es rechtskräftig werden), zu erwartenden Schulden für Argentinien bedeuten, kann sich jetzt jeder selbst ausrechnen.

18. In Österreich waren in der guten alten Zeit 60 % die Obergrenze gewesen.
19. Die „New Economy“ ist längst wieder tot; erinnern Sie sich noch an das Desaster mit der Wiener Softwarefirma Yline *Yline Internet Business Services AG*? Das Unternehmen war 2001 mit 22 Mio. Euro in die Pleite geschlittert. Es erhob sich bald der Verdacht der Untreue und Bilanzfälschung. Von Werner Böhm gegründet, war die Firma ein Shootingstar des New-Economy-Hypes zur Jahrtausendwende gewesen und hatte auch an der Brüsseler Wachstumsbörse Nasdaq Europe notiert. Am 30. Oktober 2012 notierte „Der Standard“ in seiner Online-Ausgabe, dass die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft ihren Vorhabensbericht zu dieser Causa nun abgeschlossen habe und sich für eine Anklage ausspreche.
20. aus: NEWS Nr. 47/2012
21. Wie wir gleich zu Beginn gesehen haben, geht der Trend in Europa zu nationalistischen Abspaltungen. EU-Zypern (etwas über eine Million Einwohner) hingegen strebt die Vereinigung mit der Türkischen Republik Nordzypern (260.000 Menschen) an. Die Demarkationslinie zwischen den beiden Staaten ist nach wie vor streng bewacht. Gespräche zur Wiedervereinigung zu Jahresbeginn 2012 (unter UNO-Vermittlung) verliefen allerdings wieder im Sand.

my Share 0 VZ 0 X 0 5

Teilen

Twittern

2

Share

Gefällt mir

4 Personen gefällt das. Zeige deinen Freunden, dass dir das gefällt.